

An IG Metall
-/Vorstand
-/Bezirksleitung
-/Ortsvorstand Offenbach
sowie Verhandlungskommission der
Gewerkschaften am 30.1.03 in Hannover



IG Metall
Vertrauenskörperleitung
MAN Roland Offenbach
Rainer Herth
MAN Roland AG Offenbach
Mühlheimer Strasse 341
63075 Offenbach am Main
☎ 069/8305-1304
📠 069/8305-2562
Rainer_Herth@mro.man.de

Nichts-Tun ist hier die Parole
Keine Tarifverträge zur Leiharbeit.
Weg mit den Hartz-Gesetzen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit aller Entschiedenheit lehnen wir die Hartz-Gesetze ab. Sie verstoßen gegen das Grundgesetz und EU-Richtlinien, hebeln Teile des Arbeitsrechts aus und fügen den Gewerkschaften schweren Schaden zu.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir Tarifverträge mit den Zeitarbeitsverbänden und Zeitarbeitsfirmen ab, da diese Tarifverträge die Hartz-Gesetze sanktionieren und die Gewerkschaften zu Mittägern machen würden.

In Erwägung dass

- diese Tarifverträge das Gesetz unterlaufen würden, nach dem ein Leiharbeiter die gleichen Arbeitsbedingungen eines vergleichbaren Arbeitnehmers in einem Entleihbetrieb erhält,
- diese Tarifverträge das Günstigkeitsprinzip flächendeckend auf den Kopf stellen würden durch geringere Tariflöhne, als sie den Arbeitnehmern vom Gesetz her zustehen,
- diese Tarifverträge für die gleiche Arbeit ungleiche Tarife vereinbaren (einen Tarif für die Stammbesellschaft, einen niedrigeren Tarif für die Leiharbeiter im selben Betrieb, und dies flächendeckend) und damit den Flächentarif selbst aufheben würden,
- durch diese Tarifverträge in Kauf genommen würde, auch in Zukunft weitere Tarifverhandlungen zur Leiharbeit zu führen. Angesichts der Zersplitterung der Leiharbeiter und ihrer schwachen Organisation würden ständig schlechtere Bedingungen im Tarif festgeschrieben,
- diese Tarifverträge bürgerliches Recht unterlaufen und die Grundgesetzverstöße (Art. 12 GG, Art. 14 GG etc.) der Hartz-Gesetze offiziell billigen würden,
- diese Tarifverträge tarifgebundenen Leiharbeitern weniger Lohn und Gehalt zusprechen würden, als ihnen gesetzlich zusteht und die Leiharbeiter hierfür zu Recht die Gewerkschaften verantwortlich machen würden. Austritte wären dann wohl eher die Folge als Eintritte,
- diese Tarifverhandlungen Fragen der satzungsmäßigen Legitimation von „Tarifkommissionen“ zur Leiharbeit aufwerfen

fordern wir die Gewerkschaften auf, die geplanten Verhandlungen mit den Verbänden (und Firmen) der Zeitarbeit sofort einzustellen. **Nichts-Tun ist hier die Parole!**

Wer mehr tun möchte, sollte den massiven Forderungen aus den Vertrauenskörpern und Gewerkschaftsgremien nachkommen, die da lauten:

Ablehnung der Hartz-Gesetze, Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder und Organisation des Widerstandes mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.

Mit kollegialen Grüßen

Vertrauenskörperleitung MAN Roland Offenbach, 14.1.2003